

NACHRICHTEN

**Mutmasslicher Tierquäler
vor dem Landesgericht**

VADUZ – «Die brutale Tötung des 3-jährigen Berger-de-Beauce-Hundes aus Schaan hat im Frühjahr dieses Jahres die Wellen der Empörung hoch schlagen lassen. Pongo war in der Nacht vom Samstag, 6. März 2004, grausam zu Tode geprügelt worden», schreibt der Tierschutzverein in einer Pressemitteilung. Mit dieser macht der Tierschutzverein darauf aufmerksam, dass der mutmassliche Täter sich am kommenden Dienstag, dem 24. August 2004, vor dem Landesgericht wegen des dringenden Tatverdachts der Tierquälerei verantworten muss. Dazu führt der Verein unter anderem Folgendes aus: «Der Tierschutzverein Liechtenstein hat den Fall mit einer Anzeige gegen den mutmassliche Täter am Sonntag, 7. März 2004, ins Rollen gebracht. Voraussichtlich im Herbst soll die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Einsetzung eines Tieranwalts im Landtag diskutiert werden. Der Tierschutzverein Liechtenstein ist massgeblich daran beteiligt, dass diese Gesetzesvorlage zustande gekommen ist. Gäbe es diesen Tieranwalt bereits, so würde dieser als Vertreter des Opfers dem getöteten Tier – Pongo – «Gehör» verschaffen und so verstärkt dafür sorgen, dass der mutmassliche Täter einer Bestrafung nicht entgeht.» Die Verhandlung ist öffentlich. (PD)

Neuzulassungen im Juli

VADUZ – Im Juli 2004 wurden in Liechtenstein insgesamt 212 neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert, davon waren 153 Personenwagen. Im Juli des Vorjahres waren es entsprechend 211 und 142. Somit ergibt sich bei den Fahrzeugen eine Erhöhung von 0,5 Prozent und bei den Personenwagen einen Erhöhung von 8 Prozent. Bei den Personenwagen verzeichnete die Marke VW mit 24 Fahrzeugen am meisten Neuzulassungen, gefolgt von Toyota (18), Mercedes (13), Audi, BMW und Renault mit je neun Zulassungen. Von Januar bis Juli 2004 wurden somit 1577 neuen Fahrzeuge in Verkehr gesetzt. Im Vergleichszeitraum 2003 waren es 1545 gewesen. Mehr Infos: www.avw.llv.li. (PD)

«Volkswillen nicht verzerren»**Frauen-Quotenregelung: Klare Haltung der FBP – Zick-Zack-Kurs der VU**

VADUZ – Eine (befristete) Quotenregelung für Frauen bei den Landtagswahlen ist für Exponenten der FBP mit den Grundsätzen der Demokratie nicht vereinbar. Die VU versucht es derweil offensichtlich einmal mehr mit einem Zick-Zack-Kurs.

• Martin Frommelt

Wie im Volksblatt vom Dienstag berichtet, will die Gruppierung «überparteiliche Initiative Quotenregelung» die Parteien mit einer Unterschriftensammlung ermuntern, bereits für die Landtagswahlen 2005 eine befristete Quotenregelung zu beschliessen, um damit eine 50-prozentige Besetzung der Landtagsmandate durch Frauen zu erreichen.

Undemokratisches Mittel

FBP-Präsident Johannes Matt ist überzeugt, dass eine Quotenregelung der falsche Weg ist: «Ich habe Verständnis für das Anliegen, denn es ist ein Thema, das alle Parteien beschäftigt. Auch wir wollen einmal einen Frauenanteil von 50 Prozent erreichen, allerdings kann und darf man dieses Ziel nicht erzwingen. Eine solche Quotenregelung würde den demokratischen Volkswillen verzerren, weil Frauen einfach aufgrund ihres Geschlechts bevorteilt würden. Wie soll man beispielsweise einem vom Volk klar gewählten Mann dann erklären, dass nicht er, sondern eine Frau mit deutlich weniger Stimmen in den Landtag geschickt wird? Nicht zuletzt müsste man schliesslich auch bei den Frauen die Akzeptanz für so eine Regelung finden.»

Gezielt einbinden

Wie Johannes Matt gestern uns gegenüber sagte, ist die FBP in dieser Sache innerparteilich sehr aktiv: «Beispielsweise haben wir erst vor wenigen Monaten im FBP-Landesvorstand den Frauenanteil auf 40 Prozent erhöht. Das ist eine Massnahme, welche Frauen einbindet und somit auf andere Aufgaben vorbereitet. Wichtig sind auch solche Initiativen wie sie die «Frauen in der FBP» mit der Initiative



Gegen Frauenquote: VU-Präsident Heinz Frommelt, Christa Eberle (FBP-Frauen) und FBP-Präsident Johannes Matt.

«Frauen fördern Frauen – Frauen fördern Frauen» machen, denn dadurch werden Frauen gefördert und schrittweise in das politische Leben eingebunden. Wir als Bürgerpartei sind stolz darauf, dass wir mit unserer gezielten schrittweisen Frauenpolitik stets eine Vorreiterrolle gespielt haben. Dass wir die erste Vorsteherin, die erste Landtagsabgeordnete und die erste Regierungschef-Stellvertreterin stellen konnten und in den Gemeinderäten gut vertreten sind, zeigt die Richtigkeit dieses Weges. Gerade bei der Regierungschef-Stellvertreterin, die von der Opposition gerne der Kritik ausgesetzt wird, sieht man, dass sie als Frau offensichtlich mehr leisten muss, um Anerkennung zu finden. Wir müssen daran arbeiten, dass die gleichen Massstäbe für alle angewendet werden und zwar egal welches Geschlecht dieses Amt ausübt.»

Keine Unterstützung durch «Frauen in der FBP»

Ähnlich wie Parteipräsident Matt äusserte sich gestern auch Christa Eberle, Vorsitzende der «Frauen in der FBP»: «Keine Frage: Der Untervertretung der Frauen in der Politik muss etwas entgegengesetzt werden. Die Forderung nach einer besserer Vertretung der Frau ist also sicherlich berechtigt. Allerdings

bin ich überzeugt, dass eine Quotenregelung nicht der richtige Weg ist. Insbesondere weil sie nicht dem demokratisch zustande gekommenen Wählerwillen entspricht.»

Gegen Sonderstellung

Die Initiative «50 Prozent Frauen in den Landtag» wird gemäss Christa Eberle in der FBP durchaus diskutiert: «Meiner Meinung nach sollen die Parteien entscheiden, welche Massnahmen sie in der Frauenförderung setzen wollen. Dabei muss allerdings der politischen Realität Rechnung getragen werden, die Massnahmen müssen sich mit der demokratischen Wahlfreiheit vereinbaren lassen. Und nicht zuletzt gilt es sorgfältig abzuwägen, welche Massnahmen am ehesten geeignet sind, Frauen zur Annahme eines politischen Mandates zu motivieren. Ich befürworte da eher politische Überzeugungsarbeit als eine gesetzlich verordnete Sonderstellung für die Frau. Wenn man die Frauenpolitik ernst nimmt, dann kann es nicht sein, dass Frauen nur Kraft ihres Geschlechts ein politisches Mandat ausüben.»

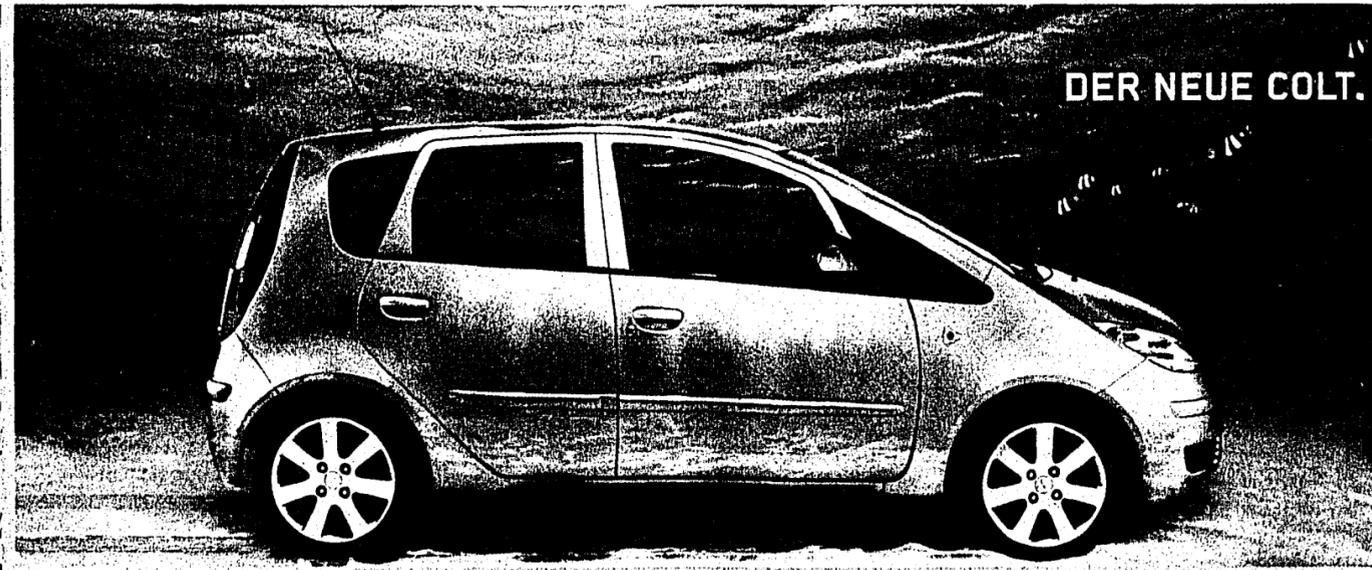
Und wie will die Vorsitzende der «Frauen in der FBP» das Ziel erreichen, mehr Frauen für die Politik zu gewinnen? Christa Eberle: «Einerseits indem die Frauen motiviert

werden, sich vermehrt für die politische Arbeit einzusetzen. Andererseits gilt es Frauen und Männer zu überzeugen, wie wichtig eine Verhaltensänderung im Wahlverhalten in Bezug auf Frauen ist. Ich hoffe, dass dies in den nächsten Jahren auch ohne eine Quotenregelung möglich sein wird.

Uneinigkeit in der Union

Während die Freie Liste die Quotenregelung deutlich unterstützt (gestern im Volksblatt) versucht sich die VU offensichtlich wieder einmal mit einem Zick-Zack-Kurs. Deutlich dagegen spricht sich VU-Präsident Heinz Frommelt aus. Für ihn sei dies «absolut undenkbar», denn «jede Bürgerin und jeder Bürger soll frei sein, seine Kandidatinnen und Kandidaten in den Landtag zu entsenden», sagte der VU-Präsident im Radio. Anderer Meinung ist Susanne Ott, die ehemalige Vorsitzende der VU-Frauenorganisation, welche Mitglied der Quotengruppierung ist und somit hinter der Initiative steht. Susanne Ott hielt auf Anfrage fest, dass sie selbstverständlich hinter dem Ansinnen stehe, die Frauenquote zu erhöhen. Susanne Ott wörtlich: «Was für den einen undenkbar ist, ist für andere eine gute Lösung; eine gerechte paritätische Besetzung aller politischer Gremien einzuführen.»

ANZEIGE



Purer Fahrspass und perfektes Handling. Cooles Design und die Power von dynamischen Benzin- oder Dieselmotoren (75PS – 109PS). Praktische Details und viel Raumflexibilität dank herausnehmbarer Rücksitze. Das Leben ist einfach aufregender im neuen Colt 5-Door. Schon für 17'950.- netto. www.newcolt.ch

www.mitsubishi-motors.ch

WHERE WILL COLT TAKE YOU? DRIVE ALIVE



Beauftragter Vertreter: Vaduz: Sport Garage AG, 00423 232 54 10; Mauren: Dorf-Garage H. Ritter, 00423 373 13 84

M13043.4-28.05